

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 832

Mittwoch, 25. Juni 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Die Xinka gedenken dem achten Jahrestag ihres Widerstands gegen den Bergbau.....</i>	1
<i>Die USA überarbeiten ihre Antikorruptionsregeln, um „korrupte Systeme zu verhindern“.....</i>	2
<i>Seit 22 Tagen streikt das Lehrpersonal: Kein Unterricht für über 300.000 Schüler*innen.....</i>	3
<i>Verfassungsgericht und Oberster Gerichtshof entscheiden über die Zukunft von Jose Rubén Zamora.....</i>	4
<i>Guatemala präsentiert die Ausstellung Tak’alik Ab’aj in Südkorea.....</i>	5
<i>ANAM solidarisiert sich mit den Bürgermeistern, die aktuell in Israel festsitzen.....</i>	6

Die Xinka gedenken dem achten Jahrestag ihres Widerstands gegen den Bergbau

Casillas, 11. Juni - Hunderte Menschen aus den Xinka-Gemeinden in den Departments Santa Rosa und Jalapa versammelten sich in Casillas, um den achten Jahrestag des friedlichen Widerstands gegen das Vorrücken des Bergbauprojekts El Escobal des kanadischen Unternehmens Pan American Silver zu begehen. Obwohl der Protest am 7. Juni 2017 begann, fand die Gedenkveranstaltung wie stets am 8. Juni statt.

Der Tag begann am 8. Juni um 9:00 Uhr mit einer spirituellen Anrufung am Ort des Sitzstreiks. Einer der Ältesten, Expectación García, respektvoll Don Chonito genannt, leitete die Zeremonie, dankte der Sonne, dem Wind, der Erde, dem Wasser und den Hügeln - heilige Elemente des Territoriums - und bekräftigte das spirituelle Band, das das Volk der Xinka mit seiner Umwelt verbindet. „Ohne Konsultation gibt es keine Zustimmung“, erinnerte der spirituelle Führer und betonte die Verletzung der Rechte, die durch die Durchsetzung des Bergbauprojekts ohne einen Dialog bzw. ohne eine Genehmigung des indigenen Volkes begangen wurde.

Jugend nahm am Demonstrationszug teil

Nach der Zeremonie unternahmen die Bewohner*innen einen symbolischen Spaziergang vom Lager zum städtischen Sportplatz. Die Mobilisierung wurde von Gemeindevorsteher*innen aus dem Xinka-Gebiet angeführt und war mit visuellen und akustischen Botschaften aufgeladen: Zahlreiche Menschen trugen Transparente mit Slogans gegen das Bergbauprojekt El Escobal, während Sätze wie „Ja zum Leben, nein zum Bergbau“ lautstark entlang der Strecke ertönten.

An dem Marsch nahm auch die Jugendband von San Carlos Alzata teil, die mit ihren Melodien die Strecke belebte. Einige junge Mädchen aus der Gemeinde ließen in traditionellen Xinka-Kostümen mit, die bei spirituellen Zeremonien verwendet werden, und trugen Bilder, die für ihre Gemeinden repräsentativ sind. Die Anwesenheit der Jugendlichen, die Musik und die Symbole der Region unterstrichen den kulturellen und friedlichen Charakter dieses Tages des kollektiven Widerstands.



Bewohner*innen von Casillas zeigen Beispiele der internationalen Solidarität mit ihrem Widerstand gegen den Bergbau (Foto:Glenda Alvarez für Prensa Comunitaria)

Sie forderten von den staatlichen Stellen, dass sie die Ergebnisse der Gemeindebefragung respektieren

Nach der Ankunft im Sportzentrum wurde eine Pressekonferenz abgehalten, auf der das offizielle Kommuniqué des Jahrestages verlesen wurde. Dort bekräftigten die Gemeindevertreter*innen ihre Ablehnung des Bergbaus und forderten den Staat Guatemala auf, die Ergebnisse der kürzlich abgeschlossenen Gemeindebefragung zu respektieren, in der die Xinka erneut ihre Zustimmung zu einem Bergbauprojekt in ihrem angestammten Gebiet verweigerten.

"Wir als Volk haben bereits alles getan, was von uns verlangt wurde. Wir haben unser Verfahren durchgeführt und auf die Entscheidung des Gerichts reagiert. Jetzt hoffen wir, dass die Regierung auch das tut, wozu sie verpflichtet ist: unsere Entscheidung zu respektieren", sagte ein Sprecher während der Verlesung des Dokuments. Ein anderes Mitglied fügte mit fester Stimme hinzu: "Dieses Verfahren war legal, legitim und wurde von den Gerichten angeordnet. Die Gemeinschaft hat Nein gesagt, und wir werden nicht zulassen, dass dieses Nein ignoriert wird".

Daniel Orantes, einer der Sprecher, (...) erinnerte daran, dass eine Delegation der Xinka am 8. Mai 2025 in der Hauptstadt die offiziellen Ergebnisse des Prozesses vorstellt, in denen die Ablehnung der Gemeinden gegen die Fortsetzung des Projekts El Escobal bestätigt wurde. "Wir warten auf eine offizielle Antwort. Wir werden keine Manipulation akzeptieren. Die Konsultation war eindeutig: Es gibt keine Zustimmung", sagte er.

Das Kommuniqué forderte zudem, "dass die Gerichte und die beteiligten Ministerien das Urteil respektieren, Gerechtigkeit für die begangenen Verstöße garantieren und ihre Verantwortung für die Schäden übernehmen, die die Mine bereits in unseren Gemeinden verursacht hat".

Nach der Konferenz ergriff Eridalma Contreras, Xinka-Anführerin des Dorfes Estanzuela, Nueva Santa Rosa, und aktive Teilnehmerin bei den Wachablösungen des Dauer-Sit-ins, das Wort, um ihre Erfahrungen mitzuteilen: „Für mich war es ein sehr schwieriger Prozess, sehr aufopfernd, aber die Wahrheit ist, dass wir einen grossen Segen spüren, weil wir nicht allein sind, wir sind ein ganzes Gebiet“, sagte sie bewegt. Ihr Zeugnis spiegelt die grundlegende Rolle wider, die die Frauen in diesem Widerstand spielen: von zu Hause aus, aber auch am Ort der Blockade, indem sie in Schichten wach bleiben, Lebensmittel organisieren und den Kampf geistig unterstützen.

Gemeinsames Essen

Im Anschluss an die Pressekonferenz nahmen die Menschen aus den teilnehmenden Gemeinden ein gemeinsames Mittagessen ein, als Geste der Einheit und der Dankbarkeit unter denjenigen, die den Widerstand täglich unterstützen. Das Menü war ein lebendiges Beispiel für die lokale kulinarische Tradition: Es wurden typische Gerichte serviert, die auch bei Hochzeiten, Familienfeiern oder wichtigen Zusammenkünften der Gemeinschaft häufig zubereitet werden. Diese Wahl war nicht zufällig: Im Herzen des Xinka-Gebiets ist das gemeinsame Essen eine Möglichkeit, die Bindungen zwischen Menschen, Generationen und Dörfern zu bekräftigen. Das Mittagessen wurde von Doña Patricia Gregorio, einer anerkannten Anführerin von Nueva Santa Rosa und einer der Pionierinnen des friedlichen Widerstands, sorgfältig vorbereitet. Seit den ersten Tagen des Sitzstreiks im Jahr 2017 ist Patricia nicht nur als Wächterin des Territoriums, sondern auch als Hüterin des Lagerfeuers präsent.

Ihr Essen hat Versammlungen, Nachtwachen, harte Winter und hoffnungsvolle Morgen begleitet. An diesem Tag, wie an so vielen anderen, kochte sie nicht nur mit Zutaten, sondern mit Erinnerung, Überzeugung und Liebe zu ihrem Volk. Ihre Anwesenheit in der Küche war auch ein Akt des Widerstands, der kollektiven Fürsorge und der Kontinuität der Xinka-Gemeinschaftsstruktur.

Acht Jahre nach Beginn des Sitzstreiks gedenken die Xinka nicht nur der vergangenen Zeit, sondern bekräftigen auch ihre Überzeugung, den Widerstand mit Würde, Spiritualität und Organisation fortzusetzen. Was als Gemeinschaftsaktion gegen die Durchsetzung eines Bergbauprojekts begann, ist heute ein Beispiel für den friedlichen und legitimen Kampf zur Verteidigung von Wasser, Territorium und Leben. Die Botschaft von Casillas war klar: Das Volk der Xinka existiert, leistet Widerstand und vergisst nicht. Ihr „Nein“ zum Bergbau ist nicht nur eine politische Haltung, sondern ein Bekenntnis zur Identität, zur Souveränität der Gemeinschaft und zur Liebe zum Leben. (Prensa Comunitaria)

Die USA überarbeiten ihre Antikorruptionsregeln, um „korrupte Systeme zu verhindern“

Guatemala, 16. Juni - Der Staatssekretär im US-Aussenministerium, Christopher Landau hob nach seinem Treffen mit Präsident Bernardo Arévalo und guatemaltekischen Geschäftsleuten die Fortschritte in den Bereichen Migration, Wirtschaft und Drogenhandel hervor. Und obwohl er die Engel-Liste [die die Namen von Personen enthält, die in den USA als korrupt gelten, d.Red.] nicht erwähnte, verwies er auf das neue Anti-Korruptionsgesetz seines Landes und warnte vor möglichen „Exzessen“, die legitime Investitionen abschrecken könnten.

„Wir bemühen uns um ein Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung der Korruption und der Förderung transparenter Geschäfte“, sagte Landau auf einer Pressekonferenz und wies darauf hin, dass das US-Justizministerium Anpassungen prüft, um zu verhindern, dass das Gesetz die Entwicklungsmöglichkeiten in der Region beeinträchtigt.

"Wir wollen sicherstellen, dass das Gesetz seinen Zweck erfüllt: Wir wollen verhindern, dass korrupte Systeme in den Ländern gestärkt werden, ohne jedoch legitime Investitionen zu behindern. Bei jeder Gesetzgebung ist es wichtig, eine unangemessene Entmutigung (potenzieller US-Investoren) zu vermeiden. Deshalb prüft das Justizministerium die Umsetzung des Gesetzes, um sicherzustellen, dass es fair ist und seine Ziele erreicht. Wir wollen mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, um Investitionen zu fördern, aber korrupte Investitionen zu vermeiden", sagte er.

Landau, der auch El Salvador und Mexiko besuchte, fügte hinzu, dass es einen Plan zur Unterstützung des Landes bei der Entwicklung der Infrastruktur und der Energieversorgung gebe, um damit die guatemaltekische Wirtschaft anzuregen. "Ich konnte mit führenden Vertreter*innen der Regierung und des Privatsektors über die grossartigen Möglichkeiten sprechen, die Guatemala zu bieten hat, insbesondere im Hinblick auf Investitionen".

Strategische Partnerschaft

Am 13. Juni vereinbarten Guatemala und die Vereinigten Staaten eine "strategische Partnerschaft". Landau traf zweimal mit Präsident Arévalo zusammen.

Nach Angaben der Regierung erörterten sie „die Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Migrationsströme, die Unterstützung der Entwicklung der strategischen Infrastruktur des Landes, alle Handels- und Investitionsfragen, einschliesslich der laufenden Zollverhandlungen, sowie Gespräche über die Verfahren zur Ansiedlung von US-Investitionen in dem Land“. (Prensa Comunitaria)

Seit 22 Tagen streikt das Lehrpersonal: Kein Unterricht für über 300.000 Schüler*innen

Guatemala, 17. Juni - Um Druck auf die Bildungsbehörden auszuüben, haben Lehrkräfte, die der guatemaltekischen Bildungsgewerkschaft (STEG) angeschlossen sind, am 16. Juni, einige Straßen in der Zone 1 der Hauptstadt Guatemala-Stadt blockiert. Bereits seit dem 26. Mai hatte die STEG ein Zeltlager dem Platz der Verfassung errichtet.

Die Gewerkschaft hatte beschlossen, ab dem 19. Mai eine ständige Versammlung einzuberufen, was bedeutet, dass seither 22 Unterrichtstage ausgefallen sind. Davon sind 300.000 Kinder betroffen. All dies beunruhigt die Zivilgesellschaft, die diese Aktionen als eine Bremse für die Bildung betrachten, und dies umso mehr, als nächste Woche die Halbjahresferien beginnen. Nach Angaben des Bildungsministeriums (MINEDUC) haben 16 % der öffentlichen Schulen dem STEG-Streik zugestimmt.

Nach Beobachtungen des MINEDUC sind an diesem Montag gewerkschaftlich organisierte Lehrkräfte vor allem aus Huehuetenango in die Hauptstadt gekommen, um die Proteste zu unterstützen. Huehuetenango ist das Departement mit der höchsten Zahl geschlossener Schulen. Durch die Beobachtung in den sozialen Netzwerken wurde deutlich, dass auch Lehrkräfte aus Dolores, Petén dank der Unterstützung eines ehemaligen Bürgermeisters an der Mobilisierung vom Montag beteiligt waren.

Laut Francisco Cabera, einem der stellvertretenden Bildungsminister, wurden bis letzten Freitag 6.560 Berichte über abwesende Lehrer übermittelt. Es werden gerade die gesetzlichen Regelungen in Verwaltungsverfahren umgesetzt, um diesen Aktivitäten zu begegnen. Er fügte hinzu, dass die ersten Sanktionen gegen Lehrkräfte in den nächsten Tagen verhängt werden. Auf die Frage, ob es zu Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern kommen wird, sagte er, dass dies „ein viel längerer Prozess ist, aber er ist im Gange“.

Stellungnahmen und einstweilige Verfügungen

Das Bildungsministerium hat mitgeteilt, dass etwa 16% der öffentlichen Schulen des Landes geschlossen sind, was ungefähr 5.800 Einrichtungen entspricht. Laut Cabrera verändert sich diese Zahl ständig, da nicht immer dieselben Schulzentren bestreikt werden. Er führt weiter aus, dass eine Verlängerung des Schuljahres in den geschlossenen Schulen geprüft wird, um die durch den Lehrerstreik verlorene Zeit aufzuholen. Zudem werde an einem technischen Konzept für die Umsetzung dieser Maßnahmen gearbeitet. Diese könne jedoch erst dann fertig gestellt werden, wenn Klarheit über die Gesamtzahl der wegen des Streiks ausgefallenen Unterrichtstage besteht.

Die STEG-Führung hat erklärt, dass sie die Streiks so lange fortsetzen werden, bis ihre Forderungen Gehör finden, und bis ein Verhandlungstisch eingerichtet werde, um die von ihnen vorgebrachten Punkte zu behandeln.

Cabrera hingegen sagte, dass es bereits vier Verhandlungsgruppen mit der STEG gebe. So treffe sich der gemeinsame Ausschuss wöchentlich dienstags, während mittwochs eine Sitzung der Verhandlungskommission für den Tarifvertrag der Lehrkräfte stattfinde. „Die STEG behauptet, dass keine Dialogräume geschaffen worden seien aber es gibt sie und sie sind immer noch regelmäßig aktiv.“ „Wir verstehen nicht, warum sie mehr Dialog wollen. Wenn sie einen Dialog mit anderen Regierungsstellen wollen, sollten sie das sagen. Aber sie treffen sich mehrmals pro Woche mit dem Bildungsministerium.“, fügte der stellvertretende Minister hinzu.

Es sei daran erinnert, dass die Generalstaatsanwaltschaft der Nation (PGN) am 4. Juni eine einstweilige Verfügung

erlassen hat, die die Gewerkschaft verpflichtet, die Streikmassnahmen unverzüglich aufzugeben und die Arbeit wieder aufzunehmen, aber dennoch streiken die Lehrkräfte noch immer. In diesem Zusammenhang wies Cabrera darauf hin, dass die Situation in den Händen der Justiz liege, da das Ministerium mit Hilfe der PGN die gesetzlich zulässigen Massnahmen ergriffen habe und die einstweiligen Verfügungen gegen den Streik in Kraft seien.

Politiker*innen unterstützen den Streik

Die Beobachtung von Posts in den sozialen Netzwerken hat gezeigt, dass die von Joviel Acevedo angeführte Bildungsgewerkschaftsbewegung von einigen Politiker*innen unterstützt wird.

Am 9. Juni besuchte Rony Vitalino Galicia Herrera, Bürgermeister der Gemeinde San Pedro Necta in Huehuetenango, das Zeltlager, das die Gewerkschaft auf dem Platz der Verfassung unterhalten. Er hatte Körbe mit Lebensmitteln und 1.800 Tamales dabei, um sie an die Streikenden zu verteilen, die die Nacht dort verbracht haben.

Der Bürgermeister erklärte gegenüber der Presse, dass er im Rahmen seiner Aufgaben die Lehrkräfte in seiner Gemeinde unterstützt, wie er es auch mit anderen Personen in verschiedenen Angelegenheiten tut. Er sagte, er kenne die Forderungen der Lehrkräfte nicht, hoffe aber, dass man ihnen zuhören würden: „Letztendlich möchte ich, dass die Kinder wieder zur Schule gehen“, sagte er. Er habe übrigens die Lebensmittel, die er zum Lager gebracht hatte, selbst bezahlt.

Ein weiterer Politiker, der mit der STEG-Bewegung zusammengearbeitet hat, ist der ehemalige Bürgermeister von Dolores, Petén, Marvin Cruz, der laut Facebook-Posts den Lehrer*innen am Montag einen Pick-up für die Fahrt in die Hauptstadt lieh. Es wurde versucht herauszufinden, warum er die Gewerkschaft unterstützt, aber er reagierte nicht auf Telefonanrufe.

Gegenpositionen zum Streik

Die Große Nationale Bildungskampagne und das Interinstitutionelle Büro für Bildungsinnovation haben sich für das Recht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen ausgesprochen. Dieses werde durch den seit dem 19. Mai stattfindenden Streiks von Lehrkräften an öffentlichen Schulen verletzt. Deshalb haben diese die Behörden und Streikenden aufgefordert, die Kontinuität des Schuljahres zu gewährleisten.

Am Sonntag sprachen sich einige Gewerkschaften gegen die Aussetzung des Unterrichts durch die STEG aus, da die Schüler*innen eine "würdige und qualitativ hochwertige Bildung" benötigen. Sie sind auch gegen den Tarifvertrag aus, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werde – und sich zudem gegen die Mehrheitsgewerkschaft richtet, die die Errungenschaften der STEG für sich beansprucht und "echte" strukturelle Veränderungen im Bildungssystem fordert. (Prensa Libre)

Verfassungsgericht und Oberster Gerichtshof entscheiden über die Zukunft von Jose Rubén Zamora

Guatemala, 13. Juni - Jose Rubén Zamora, Journalist und Gründer von elPeriódico, ist seit mehr als 1.051 Tagen im Militärgefängnis Mariscal Zavala in der Zone 17 der Stadt inhaftiert. Die Inhaftierung ist Teil zweier Strafverfahren, die von der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECHI) angestrengt wurden, um ihn vor Gericht zu bringen bzw. ihn in Untersuchungshaft zu halten. Zamora, ein langjähriger Journalist und Kritiker von Korruption und Machtmmissbrauch, ist zu einem Symbol des Kampfes für Pressefreiheit geworden. Seine Freiheit hängt nun von zwei Entscheidungen der höchsten Gerichte des Landes ab: dem Verfassungsgericht (CC) und dem Obersten Gerichtshof (CSJ).

Der CC muss über einen Einspruch des Leiters der FECHI, Rafael Curruchiche entscheiden, Zamora weiterhin in Haft zu halten. Dieser Einspruch richtet sich gegen die Entscheidung eines Gerichts, die dem Journalisten im Januar 2025 vorläufigen Schutz gewährte und verhinderte, im Rahmen des ersten Verfahrens, das vor dem Neunten Strafgerichtshof verhandelt wird, ins Gefängnis zurückkehren zu müssen.

Obwohl eine positive Entscheidung in diesem Fall von entscheidender Bedeutung wäre, da sie seine Freilassung im ersten Prozess sichern und die Vorwürfe der missbräuchlichen Anwendung der Untersuchungshaft gegen ihn bekräftigen würde, hängt die Entscheidung, die seine sofortige Freilassung ermöglichen würde, von der Kammer des Obersten Gerichtshofs (CSJ) ab, die für den zweiten Prozess zuständig ist. Quellen berichteten Prensa Comunitaria jedoch, dass der Richter Carlos Contreras die Entscheidung hinausgezögert hat, wodurch Zamoras rechtliche Situation in der Schwebe gehalten wird und Fragen über die Verzögerung des Prozesses aufkommen.

Erster Fall

Der Journalist José Rubén Zamora wurde am 29. Juli 2022 für ein erstes Gerichtsverfahren verhaftet, bei dem es um die angebliche Verschleierung der Herkunft von 300.000 Q (= 33.500 €) ging, Geld, das bei ihm in bar beschlagnahmt worden war. Zamora legte jedoch Dokumente vor, die belegten, dass das Geld aus dem Verkauf eines Kunstwerks stammte und zur Deckung der Gehälter der Mitarbeiter*innen der inzwischen nicht mehr erscheinenden Zeitung elPeriódico bestimmt war.

Am 13. Januar 2025 erließ der Oberste Gerichtshof (CSJ) eine einstweilige Verfügung zugunsten Zamoras, die zunächst seine Rückkehr ins Gefängnis verhinderte. Mit dieser Entscheidung wurde das Urteil der Zweiten Berufungskammer für Strafsachen, die seine Bewährungsaflagen im ersten Fall aufgehoben hatte, vorübergehend ausgesetzt. Die einstweilige Verfügung galt jedoch nur für dieses spezielle Verfahren, so dass seine Verteidigung nun eine neue beantragen muss, um seine vollständige Freilassung zu erreichen.

Angesichts der vorläufigen Verfügung hat die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECHI) Berufung beim Verfassungsgericht eingelegt, das voraussichtlich am kommenden Montag über die Bestätigung oder Aufhebung des gewährten Schutzes entscheiden wird. Diese Entscheidung würde ihn zwar nicht sofort freisprechen, wäre aber für Zamora von grosser Bedeutung, da sie seine Bewährungsaflagen in diesem ersten Fall konsolidieren und den Weg für die Kammer ebnen würde, ihm – unter Beibehaltung derselben rechtlichen Bedingungen – eine neue Verfügung zu gewähren, die nicht mehr nur vorläufig ist.

Während der Zeit, in der Zamora in den beiden Verfahren Bewährungsaflagen genoss, kam es zu keinen Verstößen: Er nahm an allen Anhörungen teil, unternahm keinen Fluchtversuch und befolgte die Anordnungen des Neunten Strafsejts, was die Argumente seiner Verteidigung untermauert, dass seine Inhaftierung unnötig war.

Zweiter Prozess

Im zweiten Fall wirft ihm die Staatsanwaltschaft Behinderung der Justiz vor, da er sich verschworen haben soll, um eine Geldwäscheuntersuchung zu behindern, die angeblich im Jahr 2013 stattfand. Darüber hinaus fügte die FECHI im selben Verfahren einen dritten Vorwurf hinzu: Fälschung von Unterschriften auf eidesstattlichen Erklärungen für Auslandsreisen, wofür sie die Eröffnung eines neuen Verfahrens wegen der Verwendung gefälschter Dokumente beantragte.

In diesem Fall gewährte ihm das Zweite Strafgericht unter dem Vorsitz von Richter Erick García Hausarrest, da es der Ansicht war, dass es keine Gründe für die Beibehaltung der Untersuchungshaft für Zamora gab. Wie schon im ersten Prozess schaltete sich jedoch das Dritte Berufungsgericht ein und ordnete seine Rückkehr ins Gefängnis an. Diese Entscheidung soll nun aufgehoben werden, und ihre Überprüfung liegt in den Händen der Kammer des CSJ..

Nach Informationen, die Prensa Comunitaria vorliegen, gab es bereits drei gescheiterte Versuche, den Fall zu lösen.

Der vorsitzende Richter Contreras, Berichterstatter des Gerichtsverfahrens, hat es vermieden, die Angelegenheit zur Abstimmung zu stellen. Zuletzt forderte er einen Indizienbericht zu dem Fall und verlängerte damit die Haftzeit des Journalisten auf unbestimmte Zeit. Außerdem verliess Contreras zusammen mit drei weiteren ihm nahestehenden Richter*innen, die ebenfalls Mitglieder der Kammer sind, das Land. Für den Bericht ist Contreras zuständig, der ihn nach seiner Rückkehr nach Guatemala auswerten und den Fall entscheiden muss. Dies wäre das vierte Mal, dass der Antrag im Plenum diskutiert wird. Es wird daher erwartet, dass in den nächsten Tagen eine Entscheidung darüber getroffen wird, ob der einstweiligen Verfügung stattgegeben wird oder nicht. (...) (Prensa Comunitaria)

Guatemala präsentiert die Ausstellung Tak'алиk Ab'aj in Südkorea

Pyeongtaek, 16. Juni - Das guatemaltekische Außenministerium (MINEX) teilte mit, dass die Botschaft von Guatemala in Südkorea die Ausstellung „Tak'алиk Ab'aj: Vermächtnis einer lebendigen Zivilisation“ im Songtan International Community Centre in der koreanischen Stadt Pyeongtaek zeigt.

Die Ausstellung wurde am 14. Juni eröffnet und wird bis zum 11. Juli zu sehen sein.

Laut Wikipedia ist Tak'алиk Ab'aj eine Ruinenstätte der Proto-Maya und der Maya nahe der Pazifikküste von Guatemala im Departamento Retalhuleu. Der Name bedeutet so viel wie „Stehende Steine“. Sie liegt demnach im Bereich des Übergangs vom Hochland zum Pazifikvorland in einer Höhe von ca. 600 m ungefähr 40 km (Fahrtstrecke) östlich der Großstadt Coatepeque bzw. etwa 55 km südlich von Quetzaltenango. In den Jahren 1975 und 1976 wurden zahlreiche Steinmonumente, darunter Stelen und Altäre im Stil der Maya freigelegt. Auf einer Fläche von etwa 6,5 km² befinden sich rund 80 Gebäude mit mehreren Plazas. Die Stadt war vom 9. vorchristlichen Jahrhundert bis zum 10. nachchristlichen Jahrhundert besiedelt; ihre Blütezeit erlebte sie vermutlich vom 8. Jahrhundert v. Chr. bis zum 2. Jahrhundert n. Chr. Zu Beginn stand sie unter olmekischem Einfluss; danach kam sie wahrscheinlich unter den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einfluss der etwa 1.200 km entfernten zentralmexikanischen Metropole von Teotihuacán. In den Jahrhunderten vor der Zeitenwende bis zur Aufgabe der Stadt dominierte die Maya-Kultur.

Laut einer Erklärung des MINEX zielt die Ausstellung auf die Förderung der archäologischen Stätte Tak'алиk Ab'aj ab, die 2023 von der UNESCO in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde. Zu diesem Zweck wird gezeigt, dass Tak'алиk Ab'aj eine kulturelle Brücke zwischen der Maya und der olmekischen Zivilisation ist und zeremonielle Monamente sowie die ersten Spuren der Hieroglyphenschrift der Maya beherbergt.

Bei der Eröffnung sagte die guatemaltekische Botschafterin in Südkorea, Sara Angelina Solís-Castañeda: „Das Volk von Guatemala ist sehr stolz darauf, diese Ausstellung zu präsentieren, die den universellen Wert einer der ältesten Wiegen der mesoamerikanischen Zivilisation würdigt“. Die Eröffnung fand gemeinsam mit dem Bürgermeister von Pyeongtaek, Jung Jang-Seon, statt. (La Hora)

ANAM solidarisiert sich mit den Bürgermeistern, die aktuell in Israel festsitzen

Guatemala/Kfar Saba, Israel, 16. Juni - Der Nationale Verband der Gemeinden Guatemalas (ANAM) hat am Montag ein Communiqué veröffentlicht, in dem dessen Präsident Sebastián Siero, Bürgermeister von Santa Catarina Pinula, und der gesamte ANAM-Vorstand ihre Solidarität mit den in Israel festsitzenden Bürgermeistern Hugo Sarceño und José „Pepe“ Rueda zum Ausdruck bringen.

Sarceño, Bürgermeister von Puerto Barrios, Izabal, und Rueda, Bürgermeister von Barberena, Santa Rosa, nahmen an einer internationalen Schulung in Israel teil, als der Konflikt in der Region ausbrach, der es Tausenden von Menschen unmöglich machte, das Land auf dem Luftweg zu verlassen, da die Flüge eingestellt wurden.

In dem offiziellen Communiqué betonte ANAM, dass die beiden Gemeindevorsteher aus Sicherheitsgründen ihren Ort verlassen mussten. Die Institution bedauerte, dass ihre Fortbildung durch die Krise unterbrochen wurde.

„Wir bekämpfen unsere volle Unterstützung für ihre Integrität, ihre Sicherheit und ihre Arbeit als Leiter ihrer Gemeinden“, erklärte die Vereinigung und schloss sich dem internationalen Aufruf zum Frieden und zur Achtung des menschlichen Lebens an.

MINEX bestätigt, dass sie in Sicherheit sind

In einem Communiqué vom Sonntag, den 15. Juni, teilten das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten (MINEX) und die guatemaltekische Botschaft in Israel mit, dass die beiden Bürgermeister bei guter Gesundheit sind und in Bunkern in der Stadt Kfar Saba geschützt sind. „Beide sind ordnungsgemäß als Besucher im diplomatischen Hauptquartier registriert, wohnen in ihren jeweiligen Hotels und befolgen die geltenden Sicherheitsprotokolle, einschließlich der Verlegung in Luftschutzbunker im Falle eines Alarms“, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums.

Aufenthalt im Bunker

Über seine sozialen Netzwerke bestätigte Bürgermeister Sarceño, dass er wegen der Bombenanschläge in Israel „gefangen“ sei. „Zum fünften Mal heute Abend müssen wir in den Keller gehen, um uns zu schützen. Gott beschütze uns und Danke für eure Gebete in Guatemala“, schrieb er am 13. Juni auf Facebook und zeigte ein Foto, auf dem mehrere Personen, darunter auch Kinder, in einem Raum eingeschlossen sind.

In einem Interview mit dem Radiosender Bahia 107.9 berichtete der Bürgermeister über seinen Aufenthalt in Israel und sagte, er fühle sich „gut und gestärkt“, auch wenn er ein wenig schlaflos sei, weil sie zweimal in den frühen Morgenstunden wegen der Bombenanschläge aus dem Haus geholt worden seien.

Nach Angaben des Bürgermeisters haben die israelischen Behörden eine Ausgangssperre verhängt, was bedeutet, dass Schulen und Geschäfte geschlossen sind, der Flughafen außer Betrieb ist und sie zu ihrer Sicherheit nirgendwo hingehen können.

Sarceño sagte, dass mehr als 30 Bürgermeister an dem Treffen teilnehmen und bereits Verzweiflung und Besorgnis herrschen, so dass sie alle in ihre Länder zurückkehren wollen. Er erklärte, dass die brasilianischen Vertreter*innen mit ihrem Botschafter gesprochen haben, um ihnen ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen, damit sie alle ausfliegen können, aber der Luftraum sei geschlossen (La Hora).

;Fijáte!
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **;Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6